



## POLITIK / KOMMENTAR

### Brasilien - Öl ins Feuer ...

(SB) - Jair Bolsonaro, der kürzlich beim Besuch des deutschen Außenministers Heiko Maas Kreide gefressen zu haben schien, um den seriösen Staatsmann zu geben und die ausbauträchtigen Wirtschaftsbeziehungen zu schmieren, zeigt nun wieder sein wahres Gesicht. Der rechtsextreme Präsident Brasiliens legt bei seinem Vorhaben nach ... (Seite 3)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Kevin Kühnerts Kritik - Kapital, Eigentum und Politik ...

(SB) - So plakativ die Aussage des Juso-Chefs "Ohne Kollektivierung ist eine Überwindung des Kapitalismus nicht denkbar" erscheinen mag, so sehr trifft sie ins Mark des privatwirtschaftlich organisierten Kapitalismus. Dieser hat inzwischen nicht nur aus Gründen sozialer Gerechtigkeit, sondern auch ökologischer ... (S. 6)

## UMWELT / MEINUNGEN

### Agrar - tödliche Mitzucht ...

(SB) - Der Hefepilz *Candida auris* erregt seit einigen Jahren Aufmerksamkeit, weil er gegenüber bestimmten Antipilzmitteln resistent ist. In mehreren Ländern sind Menschen an dem Pilz bzw. unter seiner mutmaßlichen ... (S. 9)

### Iran - verhalten aber konsequent ...

(SB) 8. Mai 2019 - Mit der Bekanntgabe der Entsendung des Flugzeugträgers Abraham Lincoln samt Begleitflotte sowie der Verlegung einer Staffel von B-52-Bombern an den Persischen Golf am 5. Mai hat Donald Trumps Nationaler Sicherheitsberater John Bolton die USA und den Iran an den Rand eines offenen Krieges manövriert, der in Sachen Zerstörung und Leid die bisherigen Konflikte im Nahen Osten - Irak, Jemen, Libyen und Syrien - um einiges übertreffen dürfte. Bolton begründete den provokanten Schritt mit vermeintlichen Geheimdienstkenntnissen über eine wachsende Bedrohung für die US-Streitkräfte in der Region seitens des Irans und/oder deren Stellvertreter wie der libanesischen Hisb-Allah-Miliz, schiitischen Kampfverbände im Irak und Syrien sowie der Huthi-Rebellen im Jemen. Bedenkt man die unrühmliche Rolle, welche "Bonkers" Bolton beim Konstruieren eines erlogenen Vorwands - Stichwort "Massenvernichtungswaffen" - für den angloamerikanischen Einmarsch 2003 in den Irak und den gewaltsamen Sturz des "Regimes" Saddam Husseins spielte, gibt es allen Grund, jede Behauptung des ehemaligen UN-Botschafters von George W. Bush mit Skepsis zu betrachten.

Am 6. Mai stellte sich heraus, daß die Hinweise auf eine "gefährliche Zunahme" iranischer Umtriebe zwischen Persischen Golf und Mittelmeer von Israel stammten, dessen Regierungschef Benjamin Netanjahu bekanntlich seit Jahrzehnten das "Mullah-Regime" in Teheran zur "existentiellen Bedrohung" des jüdischen Staats stilisiert, das lieber heute als gestern beseitigt werden müsse. Angeblich hat Boltons israelischer Amtskollegen Meir Ben Shabbat bei einem Besuch in Washington vor zwei Wochen entsprechende Hinweise des Mossads vorgelegt. Doch ungeachtet der aufgeregten Berichterstattung gutvernetzter Presseorgane wie der New York Times, die sich wie üblich auf "anonyme Regierungsquellen" beziehen, bleibt die zunehmende iranische Gefahr völlig nebulös. Von "potentiellen" Bedrohungen ist vielfach die Rede, doch es werden keine konkreten Pläne oder Aktivitäten genannt.

Lediglich der US-Fernsehnachrichtensender CNN behauptet unter Verweis auf eigene Informanten im Pentagon, es gäbe Hinweise, "der Iran" hätte "möglicherweise im Persischen Golf ballistische Kurzstreckenraketen mittels Booten transportiert". Diese Information sei einer der "kritischen

Gründe" für die amerikanische Streitkräfteverlegung gewesen, so CNN. Daß es sich hier um reine Propaganda seitens des Weißen Hauses, von Pentagon und CIA handelt, zeigt die dramatische Überraschungsreise des US-Außenministers Mike Pompeo am 7. Mai nach Bagdad. Dieser hätte nach der Teilnahme an einer Arktis-Konferenz im finnischen Helsinki nach Berlin zu einem seit langem geplanten Treffen mit Angela Merkel fliegen sollen. Statt dessen wurde umdirigiert und auf geheimnisvoll getan. Das mitfliegende Pressekorps erfuhr erst in der Luft, daß die Pompeo-Maschine in die irakische Hauptstadt flog. Dort traf sich der Ex-CIA-Chef mit Premierminister Haider al-Abadi, um sich mit ihm über die eskalierende Lage und die angeblich steigende Gefahr für die 5200 US-Militärs, die sich unter dem Vorwand der Bekämpfung der sunnitischen "Terrormiliz" Islamischer Staat im Irak aufhalten, zu beraten.

Gegenüber der Presse verbreitete Pompeo die Bolton-These von der großen aktuellen Bedrohung und erklärte, jeder Angriff einer iranischen Stellvertreterorganisation auf amerikanische Truppen oder Einrichtungen der USA käme einer Kriegserklärung gleich und würde seitens der Trump-Administration die entsprechende Antwort erhalten. Doch was hat das alles mit "ballistischen Kurzstreckenraketen", die per Boot im Persischen Golf transportiert worden sein sollen, zu tun? Wie bekannt, haben der Iran und der Irak eine rund 1000 Kilometer lange Landgrenze. Wollten die Iraner tatsächlich Waffen in das westliche Nachbarland bringen, dann täten sie das

doch wohl eher auf dem Landweg mit dem Lastwagen und nicht an Bord irgendwelcher Dhows.

Dennoch dürfte der Abstecher Pompeo nach Bagdad nicht nur Show-Aspekte gehabt haben. Im irakischen Parlament regt sich Widerstand gegen die US-Militärpräsenz. Nach der Zerschlagung des IS-Kalifats wie auch wegen der drohenden Gefahr, irakische Stützpunkte könnten für Luftangriffe gegen den Iran im Falle eines Kriegs genutzt werden, verlangen viele Abgeordnete den schnellstmöglichen Abzug der US-Streitkräfte aus dem Zweistromland. Führende Vertreter dieser laut NYT "den Interessen der USA gegenüber feindseligen" Position befinden sich in der Partei des schiitischen Predigers Muktada Al Sadr sowie bei den schiitischen Volksmobilisierungskräften, von denen einige beim Kampf gegen IS eng mit der iranischen Revolutionsgarde zusammengearbeitet haben. Aus naheliegenden und nachvollziehbaren Gründen ist mit Angriffen dieser Gruppierungen auf alle US-Militäreinrichtungen im Irak zu rechnen, sollte es, wie befürchtet, demnächst zum Krieg zwischen Teheran und Washington kommen. Die offizielle Aufnahme der iranischen Revolutionsgarde auf die "Terrorliste" der USA im April - eine Maßnahme, die auf Drängen Netanjahus und gegen den ausdrücklichen Rat der zuständigen Experten bei der CIA und im Pentagon erfolgt ist - dient dem Zweck, einen Vorfall zu produzieren, den die Trump-Administration zum Anlaß für "unerbittliche Vergeltungsmaßnahmen", um die Formulierung Boltons zu benutzen, nehmen könnte.

Der Gefahr sehr wohl bewußt, ist die Führung in Teheran nicht gewillt, sich von den USA in die ihr zugeordneten Schurkenrolle pressen zu lassen. Am 8. Mai und damit ein Jahr nach dem Austritt der USA aus dem Atomabkommen hat der Iran erste Gegenmaßnahmen ergriffen und unter Berufung auf das Vertragswerk das Recht für sich reklamiert, noch mehr angereichertes Uran und schweres Wasser zu produzieren und bei sich im Lande zu behalten, statt besagte Material nach Rußland respektive nach Oman zu exportieren. Der Iran, dem bereits 14 Mal von den Inspektoren der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) bescheinigt worden ist, sich im vollen Umfang an den Joint Comprehensive Plan Of Action (JCPOA) aus dem Jahr 2015 zu halten, will die anderen Vertragsteilnehmer wie China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Rußland dazu bewegen, endlich ihre Seite des Deals einzulösen und mit der Islamischen Republik wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Dazu kommt es jedoch nicht, weil praktisch alle ausländischen Unternehmen Angst vor US-Sanktionen haben. Seit vergangenem Jahr sind die Ölexporte des Irans um über die Hälfte zurückgegangen, was verheerende Folgen für das wirtschaftliche Leben dort nach sich gezogen hat.

Sollte der Iran nicht innerhalb der nächsten 60 Tage wirtschaftliche Erleichterungen seitens der anderen JCPOA-Teilnehmerstaaten zu spüren bekommen, wird Teheran eventuell den Atomvertrag aufkündigen. Dies gab am 8. Mai Präsident Hassan Rohani bekannt. Selbst ein Austritt des Irans aus dem Atomwaffensperrvertrag aus Gründen der nationa-

## POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

## Brasilien - Öl ins Feuer ...

***Das Dekret ist kein Projekt der öffentlichen Sicherheit, es ist unseres Erachtens nach sogar noch wichtiger als das. Es gibt den Menschen ein individuelles Recht, Waffen zu tragen, wenn sie einige Anforderungen erfüllen.***

*Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro [1]*

len Sicherheit - wozu sich zum Beispiel Nordkorea vor einigen Jahren wegen des ständigen Säbelrasselns der USA gezwungen sah - ist nicht ausschließen. Dies deutete am 6. Mai in einem Gastbeitrag für Middle East Eye Seyed Hossein Mousavian, der ehemalige Sprecher der iranischen Delegation bei den Atomverhandlungen, an, der inzwischen Sicherheitspolitik an der Princeton Universität in New Jersey lehrt.

Bei einem Auftritt beim konservativen Fernsehnachrichtensender Fox News, den Donald Trump jeden Abend schaut, hat sich am 5. Mai Irans Außenminister Mohammad Javad Zarif zu Verhandlungen mit Washington bereiterklärt und den amtierenden US-Präsidenten gewarnt, daß ein "Team B", bestehend aus Bibi (Netanjahu), (John) Bolton, dem emiratischen Kronprinzen (Mohammed) Bin Zayed und dem saudischen Kronprinzen (Mohammed) Bin Salman, "die Zerstörung des Irans" anstrebe. Jarifs Wortwahl war eine meisterhafte Anspielung, die hoffentlich Trump auch verstanden hat. Das ursprüngliche "Team B" war eine Gruppe angeblich "unabhängiger" Experten, die in den siebziger Jahren mit haarsträubenden Fantasiegeschichten die realistischen Einschätzungen der CIA über die militärische Stärke der Sowjetunion für unglaublich erklärten, um seitens der USA das Aufrüsten voranzutreiben. Aus Team B gingen jene neokonservativen Kriegstreiber hervor, die seitdem in der Militär- und Sicherheitspolitik der USA den Ton angeben.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1666.html>

(SB) 8. Mai 2019 - Jair Bolsonaro, der kürzlich beim Besuch des deutschen Außenministers Heiko Maas Kreide gefressen zu haben schien, um den seriösen Staatsmann zu geben und die ausbaureicheren Wirtschaftsbeziehungen zu schmieren, zeigt nun wieder sein wahres Gesicht. Der rechtsextreme Präsident Brasiliens legt bei seinem Vorhaben nach, die wohlhabenderen weißen Schichten des Landes aufzurüsten. Er hat das Waffenrecht zum zweiten Mal in seiner Amtszeit weiter liberalisiert und ein Dekret unterzeichnet, nach dem Waffenbesitzer künftig je nach Waffenschein zwischen 1000 und 5000 Schuß Munition pro Waffe und Jahr erwerben dürfen. Bislang war die Menge auf 50 Schuß begrenzt. Gleichzeitig wurde die Registrierung von Waffen erleichtert und das bislang bestehende Importverbot für Waffen sowie Munition aufgehoben. Auch ist es Sportschützen, Jägern und Sammlern künftig erlaubt, mit ihren Waffen zu reisen. Des weiteren verfügte der ehemalige Hauptmann der Fallschirmjäger, daß die Vorschriften für Sicherheitskräfte gelockert werden. Bisher gültige Begrenzungen für die "Zahl und Qualität" der von den Behörden beschafften Waffen wurden gestrichen. Und nicht zuletzt dürfen niedrigrangige Mili-

tärs nach zehn Jahren im Dienst auch privat Waffen tragen. [2]

"Ich habe immer gesagt, dass öffentliche Sicherheit zu Hause beginnt", erklärte Bolsonaro bei einer Zusammenkunft mit Kongreßabgeordneten und Waffenlobbyisten in der Hauptstadt Brasília. "Wir sind an die Grenzen des Gesetzes gegangen, aber wir sind nicht über das Gesetz hinausgegangen." Er hob das individuelle Recht, Waffen zu tragen, hervor, und kritisierte zugleich die Kampagnen zur Abgabe von Waffen, die 2003 durch die damalige Regierung der Arbeiterpartei unter Präsident Luiz Inácio Lula da Silva in Gang gesetzt worden waren.

Die Lockerung der Waffengesetze hatte zu den zentralen Wahlversprechen Bolsonaros gehört, dessen Ideologie als "Bala, Boi e Bíblia" (Kugel, Vieh und Bibel) beschrieben werden kann. Nationalistische Militärs, einflußreiche Agrarunternehmer, evangelikale Christen und die neoliberale Wirtschaftselite haben ihn unterstützt und ins Amt gebracht. Im Wahlkampf stand an der Tür seines Büros der Slogan: "Wenn Waffen illegal sind, haben nur Gesetzlose Waffen." Er machte seine Schwäche für Schußwaffen zum Markenzeichen und formte

bei seinen Auftritten vor Anhängern die Finger zur Pistole, worauf es ihm sein begeistertes Publikum gleichtat.

Bolsonaro selbst wurde in der heißen Phase des Wahlkampfes Opfer der Gewalt: Ein Angreifer stach ihm bei einem Wahlkampfauftritt mit einem Messer in den Bauch und verletzte ihn schwer. Dieser Zwischenfall trug nicht unmaßgeblich zum späteren Erfolg des Kandidaten bei, der sich zum Opfer hochstilisierte und zugleich seine Politik der harten Hand propagieren konnte. Dank stündlicher Berichte über seinen Gesundheitszustand auf allen Nachrichtenkanälen bekam er enorme kostenlose Werbung und war in aller Munde. Zugleich erklärte die Genesung seinen Rückzug aus öffentlichen Wahlkampfauftritten und den ansonsten unvermeidlichen Debatten mit anderen Kandidaten, so daß er ausschließlich über die sozialen Medien mit der Bevölkerung kommunizierte und ihr seine rechtsextreme Propaganda ungestört eintrichtern konnte.

In seinem ersten Fernsehinterview nach dem Wahlsieg Ende Oktober beim Sender Record TV der evangelikalen Universalkirche des Reichs Gottes verkündete der zutiefst reaktionäre neue Präsident: "Wenn jemand Böses tun will, kann er sich leicht eine Waffe auf dem Schwarzmarkt besorgen. Wir müssen die politische korrekte Idee aufgeben, dass Brasilien ein besserer Ort ist, wenn wir alle entwaffnen." Wie er argumentierte, hätten alle Regulierungen nicht verhindern können, daß Waffen in die Hände von Kriminellen gelangt seien. "Wenn in diesem Fernsehstudio drei oder vier bewaffnete Personen wären,

würde kein Verrückter hereinkommen, um böse Dinge zu tun", polemisierte er. "Mehr noch als das eigene Leben schützen Waffen die Freiheit des Volkes." Als der Interviewer ihn fragte, ob mehr Waffen nicht auch zu mehr Gewalt führen würden, blaffte Bolsonaro ihn an: "Dann können wir auch Autofahren verbieten."

Kurz nach seinem Amtsantritt im Januar setzte er seine Ankündigung erstmals in die Tat um und erlaubte es per Dekret nicht vorbestraften Personen, bis zu vier Schusswaffen zu kaufen und zu Hause oder am Arbeitsplatz aufzubewahren. Das Volk wolle "Waffen und Munition kaufen und wir können ihm das nicht verweigern", erklärte Bolsonaro. Angesichts der hohen Mordraten müsse jeder "gute Bürger" das Recht haben, sich zu verteidigen zu können. Das neue Dekret hielt zwar an etlichen Auflagen zum Waffenerwerb fest. So darf man nicht vorbestraft sein, muß einen Schießschein vorlegen und mindestens 25 Jahre alt sein. Allerdings wurde die Kompetenz der Bundespolizei eingeschränkt, die bis dahin von Fall zu Fall über die tatsächliche Notwendigkeit des Waffenbesitzes befinden mußte. Künftig sollten Bewohner von ländlichen Regionen sowie von Städten mit einer Tötungsrate von jährlich mehr als 10 Fällen pro 100.000 Einwohner leichter einen Waffenschein erhalten. Da die Rate in Brasilien im Schnitt bei 30 Fällen je 100.000 Einwohner liegt, erfaßt dies praktisch alle Städte. [3]

Allerdings bezweifelten Experten, ob eine solche Verknüpfung überhaupt verfassungskonform ist. Da sich der Präsident mit sei-

nen Dekreten rechtlich auf dünnem Eis bewegt, beeilte er sich nun bei der aktuellen weiteren Liberalisierung des Waffengesetzes zu behaupten, daß er nicht über die Grenzen des Gesetzes hinausgegangen sei. Bolsonaro regiert ein Land, das eine der weltweit höchsten Mordraten aufweist. Im Jahr 2017 wurden rund 64.000 Personen zumeist mit Schusswaffen getötet, pro Tag durchschnittlich 175. Mit 31 Getöteten pro 100.000 Einwohner liegt der Wert sechsmal höher als in den USA. Schon ab zehn Toten auf 100.000 Einwohner spricht die UNO von "endemischer Gewalt" in einem Staat.

Die 210 Millionen Menschen im Land verfügen über eines der größten Schusswaffenarsenale weltweit. Der Genfer Think-tank Small Arms Survey schätzt den Bestand, der sich in den Händen von Privatpersonen, Polizei und Militär befindet, auf 17,5 Millionen Waffen, womit Brasilien international an Nummer sechs rangiert. Registriert ist jedoch nur rund die Hälfte der Waffen. In den Metropolen droht die Polizei das staatliche Gewaltmonopol zu verlieren. In den Favelas sind viele Waffen im Umlauf, Jugendliche mit Schnellfeuergewehren bewachen dort die Reviere der Drogenbanden. Sicherheitskräfte wagen sich teils nur noch mit Unterstützung des Militärs in die Armegebiete, wobei diese mitunter von Polizeikräften übernommen werden, die anschließend ihrerseits das Drogengeschäft betreiben.

Da sich die jährlichen Tötungen durch Schusswaffen seit Mitte der 1980er Jahre verdoppelt hatten, verabschiedete der brasilianische

Senat 2003 ein strenges Waffengesetz. Wer eine Waffe kaufen wollte, mußte seither mindestens 25 Jahre alt sein, durfte keine Vorstrafen haben, mußte einen festen Job und einen festen Wohnsitz nachweisen können sowie einen psychologischen Test und ein Waffentraining absolvieren. Zudem mußten angehende Waffenbesitzer begründen, weshalb sie es für nötig hielten, sich eine Waffe zur Selbstverteidigung anzuschaffen.

Im Zuge der zugleich ins Leben gerufenen Kampagne einer Rückgabe von Schußwaffen in Privatbesitz wurden über eine Million Waffen abgegeben, wofür der Staat die Waffenbesitzer mit umgerechnet bis zu hundert Dollar entschädigte. In den ersten vier Jahren nach der Verabschiedung des Entwaffnungsgesetzes sank die Mordrate um 12 Prozent. Danach nahm sie jedoch wieder zu und war 2017 so hoch wie nie zuvor. Ein Grund dafür waren die Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Organisationen, die in den Drogenhandel verwickelt sind. Am stärksten betroffen sind die Amazonas-Region, der arme Nordosten des Landes sowie Rio de Janeiro.

Kritiker einer Liberalisierung des Waffengesetzes weisen darauf hin, daß dies auch Kriminelle begünstigen wird: Die meisten Waffen, die bei Verbrechen benützt werden, wurden zu einem früheren Zeitpunkt legal erworben. Auch eine Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung sah die von Bolsonaro angekündigte Lockerung zunächst skeptisch. Laut einer Umfrage vom August 2018 befürworteten 58 Prozent die damals noch bestehenden Restrik-

tionen. Bolsonaro kümmerte das nicht. Er forderte seit langem eine Aufweichung des Waffengesetzes und mehr Nachsicht für Polizisten, die von ihren Schußwaffen Gebrauch machen. Auch dies stieß auf Kritik, da die brasilianische Polizei 2017 über 5000 Personen getötet hatte, ein Fünftel mehr als im Jahr davor. Bolsonaros Kritiker warnten deshalb, daß der neue Präsident die ohnehin grassierende Polizeigewalt befeuern werde.

Sein Einsatz für die bewaffnete Selbstverteidigung hat nicht nur einen politischen, sondern auch einen wirtschaftlichen Hintergrund, da das Land über eine große Waffenindustrie verfügt. Brasilien ist nach den USA und Italien der drittgrößte Exporteur von Handfeuerwaffen weltweit. Die Waffenlobby verspürte nach dem Rechtsruck bei den Wahlen Rückenwind. Als sich Bolsonaros Sieg abzeichnete, stiegen die Aktien des Waffenherstellers Forjas Taurus um 400 Prozent. Wenige Tage nach der Wahl präsentierten Parlamentarier einen Gesetzesvorstoß, der das Mindestalter für Waffenkäufer auf 21 Jahre senken und die Begründungspflicht abschaffen wollte. [4]

Jair Bolsonaro, der die Militärdiktatur offen verherrlicht, hegt keinesfalls die Absicht, das staatliche Gewaltmonopol zu schwächen. Im Zuge seiner Politik der harten Hand stärkt er nicht nur Streitkräfte und Polizeien, sondern ergänzt dies um die erleichterte private Bewaffnung in Händen jener Bevölkerungsteile, die er als seinesgleichen definiert und sozialrassistisch gegen alles und jedes aufrüsten will, was in seinen Augen unter Abschaum firmiert.

Ob dunklere Hautfarbe oder indigene Herkunft, andere geschlechtliche Orientierung als die traditionelle Familie oder feministisches Aufbegehren gegen das Patriarchat - all das und vieles mehr soll verfolgt, unterworfen und nicht zuletzt mit Waffengewalt eliminiert werden. Der Herrschaft der weißen Männer Brasiliens dürfen in seinem Gesellschaftsentwurf keine Grenzen gesetzt werden, und das nicht allein mit dem Finger am Abzug. So hat die brasilianische Regierung dieser Tage auch die Mittel für den Kampf gegen den Klimawandel fast komplett gestrichen. Wie Zeitungen des Landes berichten, wurden die im Haushalt vorgesehenen Maßnahmen um 95 Prozent gekürzt. [5]

#### *Anmerkungen:*

[1] [www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-jair-bolsonaro-lockert-das-waffenrecht-a-1266302.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-jair-bolsonaro-lockert-das-waffenrecht-a-1266302.html)

[2] [www.welt-sichten.org/artikel/36109/brasilianischer-praesident-bolsonaro-lockert-waffengesetz-weiter](http://www.welt-sichten.org/artikel/36109/brasilianischer-praesident-bolsonaro-lockert-waffengesetz-weiter)

[3] [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/brasiliens-praesident-bolsonaro-erleichtert-waffenbesitz-15990722.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/brasiliens-praesident-bolsonaro-erleichtert-waffenbesitz-15990722.html)

[4] [www.nzz.ch/international/brasilien-ist-das-land-mit-der-weltweit-hoechsten-mordrate-die-loesung-des-neuen-praesidenten-mehr-waffen-fuer-die-buerger-ld.1448360](http://www.nzz.ch/international/brasilien-ist-das-land-mit-der-weltweit-hoechsten-mordrate-die-loesung-des-neuen-praesidenten-mehr-waffen-fuer-die-buerger-ld.1448360)

[5] [www.deutschlandfunk.de/brasilien-bolsonaro-lockert-waffengesetz.2932.de.html](http://www.deutschlandfunk.de/brasilien-bolsonaro-lockert-waffengesetz.2932.de.html)

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1638.html>*

## Kevin Kühnerts Kritik - Kapital, Eigentum und Politik ...

***Wir können nicht mehr die Aufgabe übernehmen, das Ganze berechenbar zu machen. Die Herrschaft der Ökonomie ist die Herrschaft des Elends, weil alles dem Kalkül unterworfen wird. Das Schöne an den Blockaden in den Straßen und allem, was wir seit drei Wochen getan haben, liegt darin, daß wir in gewisser Weise bereits siegreich sind, weil wir in dem Moment aufgehört haben zu zählen, als wir damit begonnen haben, aufeinander zu zählen.***

*Prochaine Station: Destitution [1]*

(SB) 8. Mai 2019 - So plakativ die Aussage des Juso-Chefs "Ohne Kollektivierung ist eine Überwindung des Kapitalismus nicht denkbar" erscheinen mag, so sehr trifft sie ins Mark des privatwirtschaftlich organisierten Kapitalismus. Dieser hat inzwischen nicht nur aus Gründen sozialer Gerechtigkeit, sondern auch ökologischer Nachhaltigkeit Legitimationsprobleme. So können die unterirdischen Reaktionen auf Kühnerts Aussage auch als Lackmустest für den Stand des gesellschaftlichen Vermögens verstanden werden, der alles Leben bedrohenden Naturzerstörung wirksam entgegenzutreten. Da jeder, der die Problematik eingehender studiert hat, weiß, daß es einer fundamentalen Veränderung in Produktion und Konsum auf globaler Ebene bedarf, um die Klimakatastrophe zu verhindern, fehlen den SachwalterInnen herrschender Verhältnisse schlicht die Argumente, mit denen Kühnert als Schaumschläger zu überführen wäre. Ihre polemischen Ausfälle gegen seine Person wirken wie eine Notwehrhandlung ohne Sinn und Verstand, um den Eigentumvorbehalt gegen die systematische Beendigung eines Ressourcenverbrauchs, der über die Befriedigung existentieller Grundbedürfnisse aller Menschen

hinausgeht und die stoffliche Basis des Klimawandels zugunsten eigener Überlebensvorteile ignoriert, zu verteidigen.

Ganz unabhängig davon, ob die Aussage Kühnerts als Neuauflage der PR-technisch inszenierten Radikalität eines früheren Juso-Chefs namens Gerhard Schröder zu verstehen ist, der, als er erst einmal ins Kanzleramt gelangt war, dem neoliberalen Kapitalismus mit sozialer Repression und Entfesselung der Marktkräfte Flügel verlieh, oder vielleicht doch ernst gemeint sein sollte, so hat er damit den Finger in die Wunde des zentralen gesellschaftlichen Gewaltverhältnisses gelegt. Deswegen NutznießerInnen müssen nichts mehr fürchten als den unverbrüchlichen Widerstand von Menschen, die erkannt haben, daß Wettbewerb und Konkurrenz, Spaltung und Trennung gleichermaßen die Negation einer Machtfrage meinen, die nicht zu stellen die Konstante jeder selbstgewählten Unterwerfung ist. Zweifellos als Terminus technicus gemeint, birgt die Kollektivierung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel doch den inhaltlichen Kern eines Zusammenhaltes, der mit opportunistischen oder zweckrationalen Erwägungen nicht herzustellen ist.

Im Spiegel gegebener Mehrheits- und Eigentumsverhältnisse erscheint die Überwindung kapitalistischer Herrschaft von vornherein aussichtslos. Zudem sind viele sozialrevolutionären Erhebungen an internen Kämpfen gescheitert, in denen Ressentiments manifest wurden, die an erster Stelle hätten überwunden werden sollen. Wo der Mensch wie alle anderen Tiere zuerst aufs Fressen guckt und die Moral nicht einmal ignorieren muß, weil der Druck der Beschuldigung und Bezichtigung allemal an den Fleischtöpfen entsteht, da sind Gründe für haltbare und unbestechliche Solidarität schwer zu finden. Diese auf praktisch voraussetzungslose Weise herzustellen, ohne die zuvor kalkulierten Möglichkeiten des Gewinnens oder Verlierens, des Erfolges oder Scheiterns zur Bedingung des Zusammenhaltes zu machen, könnte ein Schritt über die zwingende Not stoffwechselgebundener Konkurrenzverhältnisse hinaus sein.

Nicht umsonst taucht der Begriff des Kollektiven fast nur noch im Kompositum "Zwangskollektivierung" auf. Wann immer das Scheitern der DDR zur Legitimation der BRD erhalten muß, werden Vergemeinschaftungsprozesse als solche dämonisiert.

Der christlich fundierte bürgerliche Rechtsstaat nährt zwar den Glauben an nicht vom Kapitalverhältnis kontaminierte Werte, baut jedoch im gleichen Atemzug auf das Prinzip sozialdarwinistischer Individuation als zentrales Moment leistungsorientierter Vergesellschaftung. Die Überwindung der Einsamkeit ist ein bürgerlicher Traum, der in kulturindustrieller Dauerrotation seine nicht gelingende Verwirklichung in Ehe und Familie vergessen machen soll. Gerade weil diese Institutionen gesellschaftlicher Reproduktion den Vereinzlungsstrategien der Konkurrenz und Denunziation offenstehen, genießen sie als vertragsrechtlich organisierte Inkubatoren des Nachwuchses für Fabrik, Büro und Militär besonderen Schutz. Wie sich manche in

Deutschland geborene Menschen ihre Staatsbürgerschaft als besonderes, zu exklusiven Privilegien berechtigendes Verdienst an die Brust heften, sind sie auch sonst bereit, den eigenen Vorteil zum Leitkriterium aller Kontakte und Beziehungen zu machen.

Kollektivität hingegen ist offen für jeden Menschen, der grundsätzliche Veränderungen und unumkehrbare Grenzüberschreitungen anstrebt. Kein Staat, keine Nation, keine Klasse, kein Geschlecht, keine Hautfarbe, keine Spezies - wo die Grenzen der Negation des Trennenden und Teilenden verlaufen, findet heraus, wer sie durch aktive Überwindung in Anspruch nimmt. Eigentlich hat Kevin Kühnert nur etwas völlig Naheliegendes, den Her-

ausforderungen sozialer wie ökologischer Art völlig Angemessenes gesagt. Doch mußte er gleich zum verfemten Begriff der "Kollektivierung" greifen? Hätte er es nicht getan, dann wäre nicht einmal ein Sturm im Wasserglas ausgebrochen, geschweige denn aus seinen Wellen das längst überwunden geglaubte Gespenst der Revolution aufgetaucht.

**Anmerkung:**

[1] In eigener Übersetzung aus:  
lundimatin 168, le 7 décembre 2018  
<https://lundi.am/Prochaine-station-destitution>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1824.html>

**MUSIK / REPORT / NACHLESE**

**50 Jahre später ... Nina Simone - To Love Somebody**

*But my country's full of lies  
We all gonna die and die like flies.  
I don't trust it anymore  
You keep on saying: Go slow!  
Nina Simone - Mississippi Goddam*

(SB) 8. Mai 2019 - Die 1933 als sechstes von acht Kindern einer armen schwarzen Familie in Tryon, North Carolina geborene Eunice Kathleen Waymon hatte zeit lebens das Problem, entschieden und vernehmlich gegen rassistische Ausgrenzung zu kämpfen, während sie als Pianistin und Sängerin auf das Wohlwollen der weißen Musikindustrie angewiesen war. Nimmt man die Radikalität ihres Bekenntnisses zu not-

falls auch militant zu erzwingenden Befreiung der afroamerikanische Bevölkerung der USA ernst, dann konnte sie nicht anders, als der massiven Gewalt, mit der die schwarze Bevölkerung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere im Süden der USA unterdrückt wurde, streitbar Rechnung zu tragen und sich beim Management der Plattenfirmen, Radiosender und Konzertveranstalter unbeliebt zu machen.

Mit Stücken wie "Backlash Blues", dessen Text von Langston Hughes verfaßt worden war, oder "Mississippi Goddam" wurde Nina Simone zu einer künstlerischen Vorkämpferin der Bürgerrechtsbewegung. Sie war die erste schwarze Sängerin, die sich traute, einen Fluch wie "Gottverdammte!" auf der Bühne herauszuschreien und tat dies unter anderem auf einer der historischen Demonstrationen, die von Selma

zur 87 Kilometer entfernten Hauptstadt Montgomery des aufgrund seiner rassistischen Gesetzgebung besonders berüchtigten Bundesstaates Alabama verliefen, mit vernehmlicher Wut. Martin Luther King erklärte sie bei einem dieser Anlässe, sich beim Protest gegen die weiße Unterdrückung nicht auf die von ihm gepredigte Gewaltfreiheit gebunden zu fühlen. Die Militanz ihrer Position bekräftigte sie in dieser Zeit auch auf der Bühne immer wieder, was mit Sende- und Auftrittsverboten quittiert wurde.

Bis heute gilt ihr Titel "To Be Young, Gifted and Black", dessen Text ihre Freundin, die Dramatikerin Lorraine Hansberry, verfaßt hatte, als Hymne des schwarzen Amerikas. Im Verlauf der Kämpfe der 1960er Jahre lernte sie neben Martin Luther King auch Malcolm X, Stokeley Carmichael, James Baldwin und viele andere AktivistInnen und KünstlerInnen der zivilen Bürgerrechtsbewegung wie der Black Panther Party kennen.

In jungen Jahren zur Konzertpianistin mit hochgesteckten Zielen ausgebildet und stets als großartige Instrumentalistin bewundert, emanzipierte sich Nina Simone von einer Karriere im Bereich der modernen Klassik spätestens, als ihre Versuche, im arrivierten weißen Kulturbetrieb Fuß zu fassen, immer wieder scheiterten. Als politische Sängerin beklagte sie die vielen von weißen Polizisten und Attentätern ermordeten AktivistInnen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung auch in ihrer Musik. Tatsächlich starben zahlreiche ihrer MitstreiterInnen einen frühen, meist gewaltsam herbeigeführten Tod. Den Nie-

dergang der schwarzen Bewegung wollte sie nicht weiter miterleben, und da sie auch noch unter einem gewalttätigen Ehemann litt, kehrte sie 1970 den USA konsequent den Rücken. Nach einigen Jahren in Liberia, dem von in den USA befreiten Sklaven gegründeten Land, zog sie in die Schweiz und verbrachte die letzten 10 Jahre ihres Lebens bei Aix-en-Provence in Südfrankreich.

Das 1969 veröffentlichte Album "To Love Somebody" bietet einen repräsentativen Querschnitt ihres musikalischen Könnens. Mit Titeln wie "Suzanne" von Leonard Cohen, drei Songs von Bob Dylan und den von Pete Seeger verfaßten Klassiker "Turn! Turn! Turn!" nahm die Ikone des schwarzen Blues und Jazz Anleihen bei der Tradition des weißen Folk. Mit zwei Songs der Gebrüder Gibb von den Bee Gees bewies sie, daß sie hitparadentaugliche Popmusik auf allerdings ganz und gar nicht süßliche Art singen konnte. Das war niemals ihre Art, und ihre Fans wußten zu schätzen, daß Nina Simone stets mit großer Authentizität und Ernsthaftigkeit zur Sache ging. Die beiden von ihr verfaßten Titel des Albums tragen den Titel "Revolution - Part 1 and 2".

2010 plazierte das Musikmagazin Rolling Stone Nina Simone auf Platz 29 der größten SängerInnen aller Zeiten. Wie subjektiv und fragwürdig derartige Rankings auch sein mögen, die 2003 verstorbene Künstlerin war auf vielerlei Weise eine Ausnahmeerscheinung in einem Geschäft, das besonders eigenwillige Persönlichkeiten nur dann erfolgreich zu produzieren weiß, wenn sie nicht über das vergossene Blut aus ras-

sistischen Gründen ermordeter AktivistInnen singen. Die Geschichte ihres komplizierten und zu großen Teilen tragisch verlaufenden Lebens wurde in mehreren Filmen und einem Theaterstück gewürdigt. Die Zahl der MusikerInnen, die ihr auf diese oder jene Weise Reverenz erweisen, und Filme, in denen ihre Songs gespielt werden, geht in die Hunderte. An der Unvereinbarkeit radikaler politischer Positionierungen und musikalischer Mainstream-Unterhaltung hat sich auch ein halbes Jahrhundert nach den Kämpfen der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung nichts geändert.

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/report/murn0033.html>

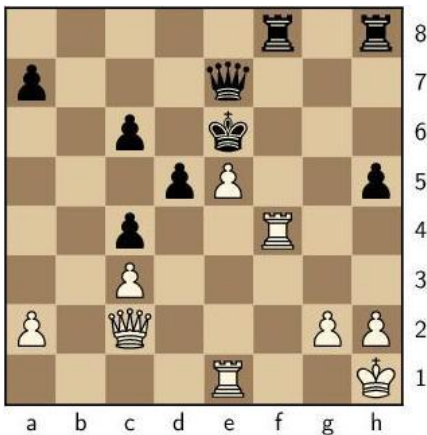
## SCHACH - SPHINX

### Vernichtender Brennpunkt

(SB) - Die Schlacht war geschlagen. Auf beiden Flügeln hatten die Auseinandersetzungen getobt, Läufer fiel gegen Läufer, Springer gegen Springer. Nun standen sich auf dem Brett nur mehr die Schwerfiguren gegenüber. Merkwürdiger Weise wirkte nur der schwarze König, der sich infolge der Kampfhandlungen nicht hatte in Sicherheit bringen können. Bis dahin konnte die schwarze Armee allerdings die eklatanten Einbruchfelder abdecken. Doch nun war Weiß am Zuge, und damit begann der verzweifelte Überlebenskampf der schwarzen Majestät, eine Qual indes, die im heutigen Rätsel der Sphinx ein rasches Ende finden sollte. Ge-



schickt gelangt es dem Anziehenden, Fußtruppe und Schwergeschütze in einer konzertierten Aktion auf ein gemeinsames Ziel einzuschwören. Es zeigte sich einmal mehr, daß die wichtigste Figur auch am schwersten zu beschützen ist, Wanderer.



Varnusz - Kiss  
Budapest 1982

### Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Nachdem es ihm der Anziehende so leicht gemacht hatte, revanchierte sich Schwarz mit einem schnellen Todesurteil: 1...g7-g5 2.g3-g4 h7-h5 3.g4xh5 g5-g4+ 4.Kh3-h4 - 4.Kh3-g3 Sf6xh5+ 5.Kg3-h4 Db7-e7+ 6.Kh4xh5 De7-f6 7.Df2-e3 Df6-h8+ - 4...Db7-e7! 5.Lb2-a3 Sf6-e4+ 6.La3xe7 Lf8xe7#

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06921.html>

Täglich eine neue  
Schach-Sphinx unter:

[http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip\\_schach\\_schach\\_schach\\_sphinx.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach_sphinx.shtml)

## UMWELT / MEINUNGEN

### Agrar - tödliche Mitzucht ...

(SB) 8. Mai 2019 - Der Hefepilz *Candida auris* erregt seit einigen Jahren Aufmerksamkeit, weil er gegenüber bestimmten Antipilzmitteln resistent ist. In mehreren Ländern sind Menschen an dem Pilz bzw. unter seiner mutmaßlichen Mitwirkung gestorben. Genetische Analysen lassen darauf schließen, daß der Hefepilz fast zeitgleich in vier verschiedenen Weltregionen resistent geworden ist. Wie es dazu kommen konnte, gilt als unklar. Manches spricht allerdings dafür, daß sich die Resistenz in Folge des weithin verbreiteten Einsatzes von Fungiziden in der Landwirtschaft entwickelt hat. Auch wenn das gegenwärtige Ausmaß der Erkrankung- und Sterberate verglichen mit anderen Pilzerkrankungen noch sehr gering ist, birgt *Candida auris* ein hohes Risikopotential, sich epidemisch wenn nicht sogar pandemisch zu verbreiten.

Erstmals nachgewiesen wurde *C. auris* 2009 im Ohrabstrich einer 70jährigen Japanerin in einem Krankenhaus in Tokio. Später wurde festgestellt, daß der Pilz bereits 1996 in einer Probe aus Südkorea vorkam. Schon bald nach seinem Erstnachweis wurde er in Pakistan, Indien, Kuwait, Südafrika und Venezuela entdeckt. Auch im Vereinigten Königreich und in den USA sowie zahlreichen weiteren Ländern, unter ihnen Deutschland, tritt der Pilz auf und sorgt für schwer oder gar nicht mehr behandelbare Blut-

vergiftungen, Wundinfektionen, Entzündungen der Lunge, etc.

Tom Chiller von den Centers for Disease Control and Prevention (CDC), einer Bundesbehörde des US-Gesundheitsministeriums in Atlanta, vertritt die These, daß *C. auris* schon seit Jahrtausenden kursierte, aber erst in den letzten Jahren auffällig geworden ist. Er habe sozusagen die Lücken gefüllt, die durch die Bekämpfung von viel weiter verbreiteten, aber weniger wehrhaften Pilzen mit Fungiziden entstanden waren.

Es hat sich herausgestellt, daß *C. auris* gegen drei Antimykotika-Klassen Resistenzen entwickelt hat. Das ist ein so gravierendes Problem, daß die CDC im Juni 2016 Alarm schlug. [1] *C. auris* befällt in der Regel nur Menschen, die über keine ausreichenden Abwehrmittel verfügen, also Frühchen, ältere Menschen oder Menschen mit geschwächtem Immunsystem. Unter anderem weil sich Pilze viel langsamer vermehren als beispielsweise Bakterien, gestaltet sich ihr Nachweis langwieriger. Die Zeit bleibt womöglich manchen Erkrankten nicht. Den Pilz im Blut oder der Lunge zu bekämpfen, gestaltet sich schwierig. Wenn man festgestellt hat, daß er resistent gegen ein Mittel ist, ist womöglich schon zu viel Zeit verstrichen, um das nächste Mittel erfolgreich anzuwenden. Außerdem sind die Nebenwirkungen der Pilzbehandlung manchmal heftig, was für immungeschwächte Menschen

vielleicht schon zu viel ist. In der Vergangenheit wurde der Pilz häufiger nicht erkannt, und Menschen wurden zunächst mit Antibiotika behandelt. Da ist ebenfalls wertvolle Zeit vergangen, bis festgestellt wurde, daß man es gar nicht mit Bakterien zu tun hat.

Eine weitere Schwierigkeit, *C. auris* in die Schranken zu weisen, besteht in seiner Hartnäckigkeit. Im Gegensatz zu allen anderen Pilzarten wird er von Mensch zu Mensch übertragen, und sei es über den Umweg von Kontaktflächen. So kam es in Verbindung mit dem Pilz zwischen April 2015 und Juli 2016 im Royal Brompton Hospital in London zu drei Todesfällen aufgrund multiplen Organversagens. Zudem wurden rund 70 Menschen entweder von dem Pilz kolonisiert, ohne selber zu erkranken, oder infiziert. Die Intensivstation des Krankenhauses mußte für elf Tage geschlossen werden, weil *C. auris* auch bei einer besonders gründlichen Reinigung nicht zu beseitigen war. Teilweise mußten feste Einrichtungsgegenstände wie beispielsweise Kacheln ausgewechselt werden. [2]

Im Mai vergangenen Jahres starb im Mount Sinai Hospital in New York ein älterer Mann drei Monate nach einer Bauchoperation. Ein Bluttest hatte gezeigt, daß er mit *C. auris* infiziert war. Auch die Isolierstation, auf die er nach dem Befund verlegt wurde, war komplett infiziert. Alles sei positiv gewesen, berichtet der Leiter des Krankenhauses, Dr. Scott Lorin, laut der "New York Times". Die Wände, die Decke, das Bett, die Matratze, die Bettpfosten, die Bettrollen, Vorhänge, das Telefon, das Waschbecken, die Wand-

tafel, die Jalousien, einfach alles. [3]

Laut den CDC liegt die Mortalitätsrate bei einer *Candida-auris*-Infektion bei 40 bis 60 Prozent. Allerdings unter Menschen, die zumeist sowieso im Sterben lagen. Deswegen kann man nicht sagen, welchen Anteil *C. auris* am Tod der infizierten Personen hat. Der resistente Pilz kommt in einer Reihe von Bundesstaaten vor, vor allem an der Ostküste. Um die hohe Sterberate besser bewerten zu können, ist es wichtig zu wissen, daß Pilzinfektionen, sofern sie nicht auf der Hautoberfläche bleiben, sondern invasiv sind, grundsätzlich schwer zu bekämpfen sind. So berichtete die "Pharmazeutische Zeitung" im Jahr 2017: "Gelangt der Hefepilz *Candida* zum Beispiel bei einem geschwächten Intensivpatienten ins Blut oder macht sich der Schimmelpilz *Aspergillus* nach einer schweren Operation in der Lunge breit, endet das derzeit bei mindestens einem Drittel der Patienten letal." [4]

Bislang konnte noch nicht schlüssig geklärt werden, wie es dem Hefepilz gelang, im gleichen Zeitrahmen an vier verschiedenen Orten auf mehreren Kontinenten resistente Stämme zu entwickeln. Eine häufig zu vernehmende These besagt, daß der Jahr für Jahr ohne Unterlaß betriebene Einsatz von Fungiziden in der industriellen Landwirtschaft und auch die Vernachlässigung des uralten Prinzips des Wechselfruchtbaus den Boden bereitet hat, daß *C. auris* Resistenzen entwickeln konnte.

Eigentlich werden in der Humanmedizin (Antimykotika) und

beim Pflanzenschutz (Fungizide) nicht dieselben Mittel verwendet. Doch da die verschiedenen Mittel über identische Wirkmechanismen verfügen, erweisen sich erwartungsgemäß auch die Resistenzen der Zielorganismen als ähnlich. Der Fungizideinsatz in der Landwirtschaft könnte somit das Ambiente geschaffen haben, die bei *C. auris* das Entstehen von Mutationen begünstigt hat.

2001 schrieb das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) in dem Bericht "Problematik der Entwicklung von Resistenzen humaner Mykosen gegenüber Azol-Antimykotika und eventueller Wechselwirkungen mit den als Fungizid eingesetzten Pflanzenschutzmitteln": "Mit der Zunahme lebensbedrohlicher *Hyphomykosen* bei abwehrgeschwächten Patienten wächst auch die Zahl durch bislang zu wenig beachtete, Antimykotikaresistente Erreger, für deren Verbreitung bislang keine plausible Erklärung gefunden wurde. Alarmierend in Europa ist die Zunahme von *Scedosporium*-Infektionen, *Fusariosen*, *Mykosen* durch *Cunninghamella* spp. und andere *Zygomyceten* und *Dematiaceae*. Deutlich wird, dass diese Organismen auf Pflanzen und im Erdboden zu finden sind, wo sie exponiert sind gegenüber Azolen." [5]

Zu den Azolen gehört auch *Fluconazol*, gegen das *C. auris* Resistenz entwickelt hat und das großflächig in der Landwirtschaft (Getreide, Obst, Weinbau) gespritzt wird. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des BgVV-Berichts wußte man noch nichts von einer Resistenzentwicklung die-

ses Hefepilzes und daß ihm eine zunehmende Zahl von Patientinnen und Patienten zum Opfer fällt. Doch schon damals stand die Frage im Raum, ob Fungizide in der Landwirtschaft zur Resistenz von Azol-Antimykotika beitragen. So mahnt das BgVV Forschungsbedarf an und schreibt: "Aus infektionsepidemiologischer Sicht und unter Aspekten der Gesundheitsvorsorge ist es als problematisch anzusehen, wenn antimykotisch wirksame Substanzen, die auch zur Behandlung von Pilzinfektionen des Menschen benötigt werden, im Pflanzenschutz eingesetzt werden."

Wie Chiller geht auch der Mikrobiologe Jacques Meis aus Nijmegen, der im Jahr 2012 Blutproben von 18 Personen aus vier Krankenhäusern in Indien analysiert hat, laut der "New York Times" davon aus, daß Fungizide in der Landwirtschaft die Resistenz bei *C. auris* ausgelöst haben. Einen solchen Zusammenhang hält auch Oliver Kurzai, Leiter des Nationalen Referenzzentrum für invasive Pilzinfektionen in Jena und Lehrstuhlinhaber an der Universität Würzburg, für naheliegend, wenngleich nicht bewiesen.

Noch ist das Problem *C. auris* klein, verglichen zum Beispiel mit dem Pilz *Aspergillus fumigatus*, an bzw. mit dem weltweit 200.000 Menschen pro Jahr sterben und der ebenfalls Resistenzen entwickelt hat. Oder verglichen mit bakteriologischen und viralen Infektionen, die noch viel mehr Tote hinterlassen und denen deshalb in der Medizin auch sehr viel mehr Beachtung geschenkt wird. Aber die Gefahr wächst. In den letzten zwei Jahrzehnten nimmt

weltweit die Zahl der schweren, behandlungspflichtigen Mykosen (Pilzinfektionen) zu. Dabei trifft es nicht immer nur die Schwachen. Die "Pharmazeutische Zeitung" berichtete, daß um die Jahrtausendwende herum auf der kanadischen Insel Vancouver Island der Pilz *Cryptococcus gattii* mehr als 200 gesunde Personen infiziert hat, von denen 20 starben. Eigentlich in den Tropen beheimatet habe sich *C. gattii* vermutlich mit einem einheimischen Pilz gepaart und neue Eigenschaften entwickelt.

Die Verbreitung von *C. auris* sitzt also einem allgemeinen Trend unter Pilzen auf, der nicht gut für die Menschen aussieht. Die Fertigkeit, Angriffen zu widerstehen, erstaunt insofern nicht, als daß im Erdreich natürlicherweise ein permanenter Krieg um Nahrung und Verbreitung tobt. Ohne Pilze, die in der Biologie neben Pflanzen und Tieren ein eigenes Reich bilden, hätten es die Pflanzen in erdgeschichtlicher Frühzeit vermutlich gar nicht geschafft, aus ihrem ursprünglichen Lebensraum Wasser an Land zu gehen und sich dort anzusiedeln. Pilze sind sozusagen die Pioniere, die Brückenköpfe schlagen und sich dort in einer für sie feindlichen Umgebung einnisten. Auch behaupten sie sich gegenüber anderen Arten wie Bakterien - ein bis heute in der Medizin häufig eingesetztes Antibiotikum, Penicillin, wurde aus Schimmelpilzen gewonnen. Sogar mit den menschlichen Vertreibungs- und Vernichtungsbestrebungen, so scheint es, kommen Pilze zunehmend besser zurecht.

In den letzten Jahren ist häufiger die Rede davon, daß dem Men-

schen die Waffen gegen Bakterien und Viren ausgehen, da die Erreger gegen immer mehr Antibiotika resistent werden. Das wird im wesentlichen auf den teils unsachgemäßen, allzu häufigen und in der Tiermast üblichen Einsatz dieser Mittel zurückgeführt. Die Resistenzentwicklung von *C. auris* und anderen Pilzen hingegen zeigt, daß ein ähnlicher, viel weniger beachteter Trend auch im Kampf gegen Pilzkrankheiten festzustellen ist. Hier stehen sogar nur vier Klassen an Antimykotika zur Verfügung, bei Antibiotika sind es fünfmal so viele.

Wollte man die tonnenweise Verwendung von Fungiziden in der Landwirtschaft von heute auf morgen einstellen, wäre sicherlich mit beträchtlichen Ernteeinbußen zu rechnen. Im ökologischen Landbau werden allerdings andere Ansätze verfolgt, die noch ausbaufähig sind. Hier werden zwar ebenfalls Fungizide eingesetzt, aber die haben Wirkstoffe wie Kupfer, Rapsöl und Schwefel. Azole sind nicht zugelassen, wie einer Auswahl an zugelassenen Pflanzenschutzmitteln "für den ökologischen Landbau nach der Verordnung (EG) Nr. 834/2007" des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vom April 2019 zu entnehmen ist. [6]

Da die Verwendung von mehr und mehr Fungiziden offensichtlich die Gefahr birgt, daß dies zur Resistenzentwicklung von jenen Lebensformen beiträgt, gegen die sie gerichtet sind, wäre es mehr als nur eine Überlegung wert, einen anderen Weg einzuschlagen, als stur bei der landwirtschaftlichen Methode zu bleiben. Die verschafft den Agrarunterneh-

men, die Fungizide herstellen und verkaufen, hohe Einnahmen, aber zukunftsfähig ist sie offensichtlich nicht. Alex Liebman and Rob Wallace, die sich in einem Bericht von Independent Sciences News umfänglich mit dem Phänomen der Resistenzentwicklung von *Candida auris* befaßt haben, schlagen deshalb vor, dem destruktiven Geschäftsmodell der industriellen Landwirtschaft durch alternative Anbaumethoden, die von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern weltweit laufend weiterentwickelt und verbessert wurden, entgegenzutreten. [7]

So naheliegend die Vermutung eines Zusammenhangs zwischen Resistenzentwicklung und landwirtschaftlicher Praxis auch ist, darf am Ende nicht vernachlässigt werden, daß noch andere Umgebungen vorstellbar sind, in

denen *C. auris* seine Abwehrkräfte entwickelt haben könnte. Beispielsweise enthalten auch Kosmetika und Antischuppenshampoos Derivate, wie sie in Antipilzmitteln Verwendung finden. Und mit Antischimmelmitteln werden manche Oberflächen, Farben und Bauhölzer behandelt. Es werden somit vielerorts für Pilze lebensfeindliche Umgebungen geschaffen, die es aus ihrer "Sicht" zu bewältigen gilt.

**Anmerkungen:**

[1] <https://www.cdc.gov/fungal/candida-auris/candida-auris-alert.html>

[2] <https://www.telegraph.co.uk/news/2016/07/08/intensive-care-unit-closed-as-three-people-die-from-new-superbug/>

[3] <https://www.nytimes.com/2019/04/06/health/drug-resistant-candida-auris.html>

[4] <https://www.pharmazeutischezeitung.de/ausgabe-372017/pilzuehrenden-schattendasein/>

[5] [https://mobil.bfr.bund.de/cm/343/problematik\\_der\\_entwicklung\\_von\\_resistenzen\\_humaner\\_mykosen\\_gegenueber\\_azol\\_antimykotika.pdf](https://mobil.bfr.bund.de/cm/343/problematik_der_entwicklung_von_resistenzen_humaner_mykosen_gegenueber_azol_antimykotika.pdf)

[6] [https://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/04\\_Pflanzenschutzmittel/psm\\_oekoliste-DE.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=43](https://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/04_Pflanzenschutzmittel/psm_oekoliste-DE.pdf?__blob=publicationFile&v=43)

[7] <https://www.independentsciencenews.org/health/a-lethal-industrial-farm-fungus-is-spreading-among-us/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-297.html>

**IMPRESSUM:**  
Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter:  
MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,  
25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse:  
ma-verlag@gmx.de  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,  
25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,  
25795 Stelle-Wittenwuth, ISSN 2190-6963

Urheberrecht und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 9. Mai 2019**

+++ Vorhersage für den 09.05.2019 bis zum 10.05.2019 +++



Wärme kärglich,  
Jean-Luc weiß  
Regen merklich,  
ohne Schweiß.